

KONVENTIONELLE RÜSTUNGS- KONTROLLE IN EUROPA

Das Regime der Kontrolle konventioneller Waffen in Europa ist seit einigen Jahren in der Krise. Im Rahmen der OSZE soll die konventionelle Rüstungskontrolle modernisiert und an die militärischen Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das Thema ist auch eine Priorität des Schweizer OSZE-Vorsitzes 2014.



Internationale Experten bei einer OSZE-Rüstungskontrollinspektion.

Bundeswehr

Als der Schweizer Aussenminister Didier Burkhalter im Dezember 2012 in Dublin erstmals mögliche inhaltliche Schwerpunkte der schweizerischen Präsidentschaft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2014 vorstellte, titelte die *Neue Zürcher Zeitung*: «Rüstungskontrolle à jour bringen». Das Thema der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa ist einer von zehn Schwerpunkten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) für den Schweizer OSZE-Vorsitz 2014. Insbesondere die Modernisierung des so genannten «Wiener Dokuments» (WD) über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen steht auf der Agenda der helvetischen OSZE-Diplomatie.

Der Schweizer Fokus auf konventionelle Rüstungskontrolle mag auf den ersten Blick überraschen, und zwar aus zwei Gründen: Einerseits sind heute die Beden-

ken über fehlinterpretierte militärische Aktivitäten in Europa nahezu verschwunden, auch dank erfolgreichen Abrüstungs- und internationalen Rüstungskontrollmassnahmen. Der Bundesrat hält traditionelle Kriege mit direkten militärischen Konsequenzen für die Schweiz in den nächsten 10–15 Jahren für sehr unwahrscheinlich.

Andererseits sind die entsprechenden Rüstungskontroll-Verträge und -Abkommen Ende des Kalten Krieges primär zwischen den Mitgliedern der beiden damaligen Militäralianzen Nato und Warschaupakt abgeschlossen worden, darunter als wichtigstes Abkommen der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) von 1990, wo die Schweiz allerdings nicht Mitglied ist. Die Schweiz hatte sich aber seit dem frühen Helsinki-Prozess ab 1973 zusammen mit anderen Neutralen und Blockfreien stets für Rüstungskontrolle sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildende

Massnahmen und gegenseitige Vor-Ort-Inspektionen starkgemacht. Deshalb ist es konsequent, dass sich die Schweiz nun 2014 während ihres OSZE-Vorsitzes für eine Modernisierung des Rüstungskontrollregimes und das Prinzip von kooperativer Sicherheit in Europa engagiert.

Wozu konventionelle Rüstungskontrolle?

Die Modernisierung der entsprechenden Verträge und Abkommen wird heute von den meisten europäischen Staaten nicht länger als Top-Priorität erachtet. Der KSE-Vertrag hat als Kind des Kalten Krieges seinen ursprünglichen Zweck von 1990 längst erfüllt, nämlich das Verhindern einer gross angelegten konventionellen Militärattacke in Zentraleuropa oder einer Fehlinterpretation eines Militärmanövers in Grenznahe. Heutige Waffensysteme im OSZE-Raum liegen zudem – mit Ausnahme Armeniens und Aserbaidschans – weit unter den vertraglich zulässigen Obergrenzen.

Gerade in Zeiten erhöhter Spannungen zwischen Russland und dem Westen, enger geschnürter Staatshaushalte und erstarkendem Nationalismus sollte das Thema der kooperativen Sicherheit aber wichtig bleiben. Vertraglich verbindliche Obergrenzen von Hauptwaffensystemen mögen heute in Westeuropa obsolet geworden sein, doch im Südkaukasus oder im Baltikum ist die Angst vor einem bewaffneten Konflikt zur Durchsetzung von territorialen Ansprüchen noch immer real – und entsprechend besteht in sensitiven Grenzregionen und umstrittenen Territorien weiterhin ein Bedarf nach verifizierbarer Transparenz von Streitkräften und Stationierungsbegrenzungen.

Das Wissen über Absichten und Potenziale anderer Armeen ist zudem auch heute noch für die europäischen Staaten zentral für den Bestand von Vertrauensverhältnissen. Fehlende wirtschaftliche und politische Kooperation zwischen Russland und der EU führen zu gegenseitigem Misstrauen. Sollten die traditionellen Rüstungskontrollinstrumente ihre Wirkung verlieren, besteht zwar damit alleine keine unmittelbare Gefahr eines konventionellen Krieges oder eines grossflächigen militärischen Angriffs – insbesondere nicht in Zentraleuropa und in der Schweiz. Trotzdem wäre davon auszugehen, dass durch Intransparenz Unsicherheit und Misstrauen wieder wachsen würden. Dadurch könnten auch überwunden geglaubte Bedrohungsszenarien wieder an Bedeutung gewinnen. Qualitative Aufrüstung wäre eine logische Folge, Instabilität eine mögliche.

Wird die Rüstungskontrolle hingegen regelmässig an sicherheitspolitische, militärische und technologische Entwicklungen angepasst, wird sie auch ihre Relevanz behalten. Sie sollte sich denn auch Gebieten annehmen, in denen ein Bedarf an Regulation besteht. Seestreitkräfte, Verlegekapazitäten, schnelle Eingreiftruppen, der Einbezug von modernen Wirkplattformen und Trägersystemen sowie elektronische Kriegsführung müssten heute ein Thema sein. Qualitative Aspekte werden in modernen Kriegen immer wichtiger: Die kleinen, gut ausgebildeten und hochtechnisierten Einheiten machen eine Ausweitung der Informationspflicht nötig.

Subregionale, chronisch ungelöste Territorialkonflikte dürfen nicht die gesamte europäische Rüstungskontrolle lahmlegen. Für krisenanfällige Regionen sollten vielmehr wirkungsvolle eigene Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen (VSBM) umgesetzt werden, die auch einen stärkeren Fokus auf Truppen- und Waffenbegrenzungen haben sollten. Gerade bei Konflikten wie in Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan ist die KSE-Obergrenze von Bedeutung. Ein Stabilisieren der Kräfteverhältnisse ist auch in Konflikten um Transnistrien, Abchasien und Südossetien oder Zypern weiterhin dringend nötig.

Zudem scheint es wichtig, dass man keine jahrelangen Verhandlungspausen in Kauf nimmt in der Annahme, bei Bedarf das Engagement rasch wieder intensivieren zu

können. Den OSZE-Staaten droht jeweils ein massiver Know-how-Verlust, der nur mühsam wiederaufgebaut werden kann. Bereits die vergangenen rund 15 Jahre, die von thematischem Stillstand geprägt waren, zeigten, dass fehlende Verhandlungen Kapazitäten vernichten. Expertenstellen wurden sukzessive abgebaut und nicht wieder besetzt, so dass Staaten die Verhandlungen nicht unterstützen konnten.

Mehr Sicherheit mit weniger Waffen

Das Rüstungskontroll- und VSBM-Regime im OSZE-Raum besteht grundsätzlich aus zwei wichtigen Pfeilern: einerseits dem KSE-Vertrag von 1990 zwischen den damaligen Mitgliedstaaten der Nato und des Warschaupakts; andererseits dem WD von 1990, das von den damals 35 KSZE-Mitgliedstaaten verabschiedet wurde. Dazu kommen weitere Abkommen wie der Vertrag über den Offenen Himmel (*Open Skies*) von 1992, der Aufklärungsflüge ermöglicht und regelt.

Ziel des heute immer noch gültigen KSE-Vertrags von 1990 war es, in Europa ein sicheres und stabiles Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Rüstungsniveau zu schaffen und die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und gross angelegten Offensivhandlungen in Europa zu beseitigen. Der juristisch verbindliche Vertrag beschränkte die

Anzahl offensiver Hauptwaffensysteme in Europa und sah gegenseitige detaillierte Meldungen der Bestände und intrusive Vor-Ort-Inspektionen vor. Die für Nato und Warschaupakt gleichen Obergrenzen in fünf Kategorien (Panzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und -helikopter) führten in den Jahren nach 1990 zur Beseitigung von über 60'000 Hauptwaffensystemen und zum Abbau der massiven konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion/Russlands in Europa. Der KSE-Vertrag erfüllte dank der militärpolitischen Absicherung der Deutschen Wiedervereinigung, der Auflösung des Warschaupakts und des Zerfalls der Sowjetunion 1990/91 eine wichtige Funktion. Er schaffte eine bisher noch nie da gewesene und bis heute weltweit einzigartige Transparenz über militärische Bestände.

Bereits 1994 forderte Russland aber aufgrund der sich abzeichnenden Nato-Osterweiterung eine Anpassung des Vertrags, weil das ihm zugrundeliegende Gleich-

gewicht zwischen Ost und West obsolet geworden war. Die Nato-Staaten waren zudem 1996 bereit, Russland und der Ukraine grössere Spielräume zu geben bei der Dislozierung ihrer konventionellen Streitkräfte an der Südflanke Europas. Die so genannte «Flankenregelung», die eine Kräftekonzentration in Nordeuropa, auf dem Balkan und im Kaukasus verhindern sollte, war Russland aufgrund der zunehmenden Instabilität an seiner Südflanke im Kaukasus ein Dorn im Auge. Die vertraglichen Limiten wurden von Russland in den Tschetschenien-Kriegen denn auch nonchalant überschritten.

Nach zweijährigen Verhandlungen konnte auf dem OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul 1999 das Anpassungsübereinkommen zum KSE-Vertrag (AKSE) abgeschlossen werden. Das alte Blockdenken aus dem Kalten Krieg sollte durch die Neueinführung von nationalen und territorialen Obergrenzen ungeachtet der Bündniszugehörigkeit abgelöst werden. In der Folge ratifizierten aber nur gerade vier Staaten (Russland, Ukraine, Belarus und Kasachstan) 2004 den AKSE-Vertrag. Die Nato-Staaten sträubten sich hingegen aus politischen Gründen gegen eine Ratifizierung und verweisen seit Mai 2000 auf die «Istanbul Verpflichtungen». Am Gipfel 1999 hatte Russland nämlich zugesagt, seine Streitkräfte sowie Material und Munition aus den disputierten Gebieten Südossetien und Abchasien (Georgien) und Transnistrien (Moldau) vollständig abzuziehen. Gemäss dem Prinzip der Zustimmung eines Gastlandes zur Stationierung fremder Truppen im eigenen Land (*host-state consent*) verletzt Russland seither aus Sicht der Nato die Spielregeln der OSZE. Dass die Nato-Staaten ein Junktim zwischen europäischer Rüstungskontrolle und der Lösung subregionaler Konflikte im OSZE-Raum aufstellten, verunmöglicht die Anpassung des KSE-Vertrags an sicherheitspolitische Entwicklungen bis heute.

Russland sistiert den KSE-Vertrag

Nachdem Russland mit seinem Versuch, das Rüstungskontrollregime an die fortschreitende Nato-Osterweiterung anzupassen, gescheitert war, sistierte es am 11. Dezember 2007 den KSE-Vertrag. Der Vertrag erlaubt zwar, davon zurückzutreten, falls aussergewöhnliche Ereignisse die höchsten Interessen eines Staates gefährden. Eine Aussetzung des Vertrags ist hingegen nicht vorgesehen. Auf das russische Signal reagierten die USA und die Nato-Staaten sowie Georgien und Moldau Ende



2011 mit dem Entscheid, Russland künftig ebenfalls keine militärischen Informationen mehr zukommen zu lassen und Russland auch keine Vor-Ort-Inspektionen zu gewähren. Alle anderen KSE-Mitgliedstaaten führen hingegen auch nach 2007 die Aktivitäten vertragsgemäss weiter. Für eine gewisse Transparenz gegenüber Russland ist zudem weiterhin gesorgt – denn es wird vermutet, dass Belarus die jährlich untereinander ausgetauschten Militärbestände der Nato-Staaten und Inspektionsberichte insgeheim nach Moskau weiterleitet.

Im Frühjahr 2011 wandelte Russland, das bis dahin stets eine Modernisierung des KSE-Vertrags und eine Anpassung des alten Vertrags an die aktuellen Verhältnisse gefordert hatte, seine Verhandlungsposition grundlegend. Wegen seiner Armee-reform 2020 hat Russland seither weder Interesse an Obergrenzen und dem Austausch der Bestandszahlen noch an einer provisorischen Lösung. Allerdings liegt Russland bei den konventionellen Grosswaffensystemen auch heute noch weit unter den vertraglich zulässigen KSE-Limiten. Die Balance hatte sich ab 1990 radikal verändert: An die Stelle einer überlegenen Sowjetunion im Kalten Krieg trat im Zuge der Nato-Osterweiterung eine konventionelle Überlegenheit und eine massive technologische Überlegenheit der europäischen Nato-Staaten. Zwischen 2000 und 2009 machten beispielsweise die russischen Militärausgaben nur gerade 16 Prozent der Rüstungsausgaben der europäischen Nato-Staaten aus.

Das Wiener Dokument

Da es in absehbarer Zeit keinen KSE-Nachfolger geben wird, wird die OSZE ihren Fokus vorab auf die Aufdatierung des ebenfalls 1990 verabschiedeten WD legen. Dieses beinhaltet eine Reihe von Massnahmen, die durch Transparenz das Vertrauen zwischen den Staaten erhöhen und so Sicherheit schaffen sollen. Dazu gehören der Austausch militärischer Informationen, die

Ankündigung und Überwachung gewisser militärischer Aktivitäten sowie auch Überprüfungsbesuche und Inspektionen. Das WD spielt zudem auch in der Konfliktverhütung eine Rolle: Staaten können Klärung verlangen, wenn sie durch militärische Vorgänge in einem anderen Staat beunruhigt sind.

Im Gegensatz zum KSE-Vertrag der damals 30 Mitglieder von Nato und Warschaupakt gilt das WD für alle 57 OSZE-Staaten. Es ist im Unterschied zum KSE-Vertrag zudem politisch verbindlich, nicht aber rechtlich. Die ausgetauschten Informationen unterscheiden sich von denjenigen des KSE-Vertrags, sie beinhalten unter anderem auch die Verteidigungsplanung der Staaten. Der KSE-Vertrag erfasst auch Militäranlagen, das WD

nicht. Im WD ist nur von Staaten die Rede, nicht wie im KSE-Vertrag auch von speziellen Zonen. Der KSE-Vertrag und das WD sollten sich ursprünglich ergänzen, das WD ist daher als gleichwertige Alternative nicht geeignet. Ein «Verschmelzen» der beiden Instrumente, wie momentan von einigen Seiten angedacht, birgt deshalb Gefahren. Das Funktionieren des WD könnte durch den Import von politischen «KSE-Problemen» gefährdet werden. Die Koppelung mit Diskussionen um der US-Raketenabwehr und taktische Nuklearwaffen sowie die Frage, ob das Abkommen allenfalls rechtlich bindend sein soll, sollte vermieden werden. Im Gegensatz zum KSE-Vertrag kam es zudem beim WD im letzten Jahrzehnt zu weniger Problemen bei der Implementierung.

Problematisch war hingegen, dass das Dokument seit 1999 lange nicht mehr substantziell aktualisiert worden war, was zuvor regelmässig (1992, 1994, 1999) der Fall war. Erst nach einer zwölfjährigen Pause einigten sich die OSZE-Staaten 2011 auf das aktualisierte Wiener Dokument 2011.

Die Verabschiedung des WD11 sollte ein Zeichen setzen und als Beginn für weitere Aktualisierungen und eine generelle Deblockade der Rüstungskontrolle gelten. Die Neuerungen waren aber primär technischer und prozeduraler Natur. Seither werden etwa bei der Planung von Verifikationsaktivitäten Feiertage berücksichtigt. Von Bedeutung ist immerhin die Verpflichtung zur mindestens alle fünf Jahre erfolgenden Neuherausgabe des Dokuments. Der Druck zur Weiterentwicklung des WD steigt damit, das schafft auch Möglichkeiten. Zudem wird in der neuen Präambel des WD11 nach wie vor unverändert explizit auf das politische Erbe der KSZE

In erster Linie müssen Russland und die USA aufeinander zugehen und Fortschritte anstreben.

(Stockholmer Konferenz 1984-86) und folgender KSZE-/OSZE-Rüstungskontrolldokumente verwiesen. Während alle Staaten die Wichtigkeit weiterer Anpassungen betonen und klar ist, dass nur politische Gründe die substantielle Weiterentwicklung behindern, wird in Zukunft eine Herausgabe ohne Neuerungen ein sichtbares Armutszeugnis für die Staaten im Allgemeinen und für die VSBM im Speziellen darstellen.

Vorerst werden vor allem eine Absenkung der Schwellenwerte zur Ankündigung und Beobachtung von militärischen Aktivitäten sowie eine Erhöhung der Inspektionsquoten diskutiert, um die Implementierung des WD weiter zu verbessern. Die massive Verkleinerung der Truppenbestände hat dazu geführt, dass die Länder viel weniger Aktivitäten ankündigen und beobachten lassen müssen als in den 1990er-Jahren. Dies führte zu einem spürbaren Transparenzverlust. Bereits 2012 konnte ein erster substantieller Beschluss in dieser Hinsicht gefasst werden. Fortan muss jeder Staat jedes Jahr eine grössere militärische Aktivität ankündigen, auch wenn er die Truppschwelle gar nicht erreicht. Die Arbeit an diesen Reformen wird leider durch Verknüpfungen mit dem KSE-Vertrag be-

hindert. Verschiedene Staaten wünschen keine Ausweitung der Inspektionen, da bei erhöhtem Implementierungsaufwand kein signifikanter Sicherheitsgewinn resultiere.

Zudem soll das WD auch dynamisch fortwährend an umfassende Veränderungen in den Streitkräften der meisten OSZE-Staaten angepasst werden. In diesem Bereich zielen vorgebrachte Modernisierungsvorschläge auf einen Austausch von Informationen über bisher vernachlässigte, aber wichtig gewordene Seestreitkräfte, auf die Notifikation über Aktivitäten von multinationalen schnellen Eingreifkräften und die Benachrichtigung über den Transit von militärischen Einheiten.

Von zunehmender Bedeutung ist das WD insbesondere auch in subregionaler Hinsicht. Obwohl Georgien und Russland im Mai 2008 das WD anriefen und gemäss Kapitel III um Klärung von militärischen Vorkommnissen baten, kam es im August desselben Jahres zum Krieg. Die Konfliktverhütungsmechanismen des WD hatten offensichtlich versagt. Durch den Ausbau regionaler Vertrauensmassnahmen könnte die Konflikanfälligkeit gewisser Regionen, wie etwa dem Kaukasus, künftig zweifellos reduziert werden. Dies zeigen erfolgreiche Abkommen wie das Marineabkommen im Schwarzen Meer (BLACKSEAFOR) von 2001 oder die VSBM-Massnahmen im Dayton-Abkommen von 1995, das 2014 auslaufen wird und daher in ein regionales Abkommen überführt werden sollte, um die Stabilität im Balkan weiterhin zu garantieren.

Ein Schwerpunkt des Schweizer OSZE-Vorsitzes

Bei den Verhandlungen rund um das KSE-Regime ist die Schweiz als Nichtvertragsstaat lediglich Aussenstehende. Dies obwohl die Thematik des Vertrags auch für die Schweizer Sicherheitspolitik relevant ist. In erster Linie müssen aber die Vertragsparteien, insbesondere Russland und die USA, aufeinander zugehen und Fortschritte anstreben. Dafür kann eine informelle Plattform geboten und Gespräche und Workshops mit Experten gefördert werden. Dies hat die Schweiz auch in ihrer Prioritätensetzung für ihr OSZE-Vorsitzjahr berücksichtigt.

Konkrete Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle sind nur möglich, wenn die USA und Russland an einem Strang ziehen. Die Konsenssuche findet zudem zunächst im Kreise der so genannten «Gruppe der 36» statt – die 30 KSE-Mitgliedstaaten plus

die 6 neuen Nato-Mitglieder Estland, Lettland, Litauen, Albanien, Kroatien, Slowenien. Für die Schweiz sowie 20 andere OSZE-Staaten, die nicht zum illustren Kreis der 36 zählen, ist dies unerfreulich: Man spielt damit in der zweiten Liga und muss einen unter den 36 gefundenen Konsens später im OSZE-Rahmen der 57 als *Fait accompli* wohl mittragen (siehe Karte auf S. 3).

Im Gegensatz zum blockierten KSE-Vertrag kann die Schweiz bei der Aktualisierung des WD eine aktivere Rolle spielen. Hier kann sie auf Expertise und Erfahrung zurückgreifen. Sie ist seit mehreren Jahren aktiv an der Weiterentwicklung des Dokuments beteiligt und stellt mit Pierre von Arx den Koordinator für die Verhandlungen des WD, welcher in Wien versucht, Übereinkunft zwischen den verschiedenen Staaten zu schaffen. Ob die Schweiz 2014 diesbezüglich substanziellen Fortschritt erreichen kann, hängt in der konsensbestimmten OSZE von der Kooperationsbereitschaft der Teilnehmerstaaten ab.

Die Schweiz wird ihre Position als OSZE-Vorsitzland nutzen, um den Konsens zu verschiedenen Vorlagen voranzutreiben. Einerseits liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, der die 1992 festgelegte Schwelle zur Ankündigung von militärischen Aktivitäten von 9000 auf 5000 Truppen anstrebt. Daneben soll aber auch die Abdeckung neuer Kategorien diskutiert werden. Drohnen, logistische Einheiten wie Transporthelikopter oder auch die elektronische Kriegsführung könnten in Zukunft abgedeckt werden. In modernen Konflikten spielen qualitative Aspekte eine immer wichtigere Rolle. Transparenz in diesen Bereichen ist aber besonders sensibel, weswegen dahingehend vorerst keine grossen Schritte erwartet werden können. Ohne Konzentration auf militärisch relevante Bereiche wird die Rüstungskontrolle jedoch weiter an Bedeutung verlieren. Konkrete Beispiele, wie das WD die militärische Vorhersehbarkeit

und Transparenz im OSZE-Raum stärken könnte, liegen vor: So könnten etwa technologische Fortschritte bei der Modernisierung von Streitkräften evaluiert werden oder die Auswirkungen von gewandelten Militärdoktrinen auf Rüstungskontrolle komparativ verglichen werden. Auch der Dialog über Bedrohungswahrnehmungen könnte dabei helfen, das Vertrauen unter den OSZE-Partnern wieder herzustellen.

Die Schweiz hat 2011 mit der Vermittlung zwischen Russland und Georgien ein vorbildhaftes statusneutrales Rüstungskontrollabkommen für diesen subregionalen Konflikt ausgehandelt und die auch für die OSZE relevanten Stolpersteine Abchasien und Südossetien geschickt umgangen. Obwohl Fortschritte bei der Modernisierung des WD oder des KSE-Abkommens aufgrund der Spannungen zwischen den USA und Russland momentan nicht absehbar sind, kann die Schweiz während ihrer OSZE-Präsidentschaft im Jahr 2014 vielleicht doch den einen oder anderen kreativen Impuls geben, um den aktuellen Stillstand überwinden zu helfen. Dabei ist es zentral, neue Massnahmen einzuführen, um das Rüstungskontrollregime in Europa mit seinen wertvollen VSBM und Verifikationsmassnahmen an die militärischen Realitäten des 21. Jahrhunderts anzupassen und den Fokus auf Fähigkeiten statt Bestände zu richten.

Verantwortlicher Editor:
Christian Nünlist
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperten für diese Analyse:
Matthias Bieri,
matthias.bieri@sipo.gess.ethz.ch
und Christian Nünlist
christian.nuenlist@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Zuletzt erschienen

- Nr. 145: Die Weiterverbreitung fortgeschrittener Waffensysteme
- Nr. 144: Die Kerry-Initiative: Hoffnung auf ein Nahost-Abkommen?
- Nr. 143: Vor dem EU-Gipfel zur Verteidigungspolitik
- Nr. 142: Das Konzept der Resilienz: Gegenwart und Zukunft
- Nr. 141: «Kidnapping for Ransom» zur Terrorismusfinanzierung
- Nr. 140: Chinas nukleare Aufrüstung: Hintergründe und Folgen
- Nr. 139: Frankreichs neue Strategie: Das Weissbuch 2013
- Nr. 138: Schweden ringt um seine Verteidigungspolitik
- Nr. 137: Im Sinkflug? US-Drohnen im Kampf gegen den Terrorismus
- Nr. 136: Russland in Europa: Strategische Herausforderungen